

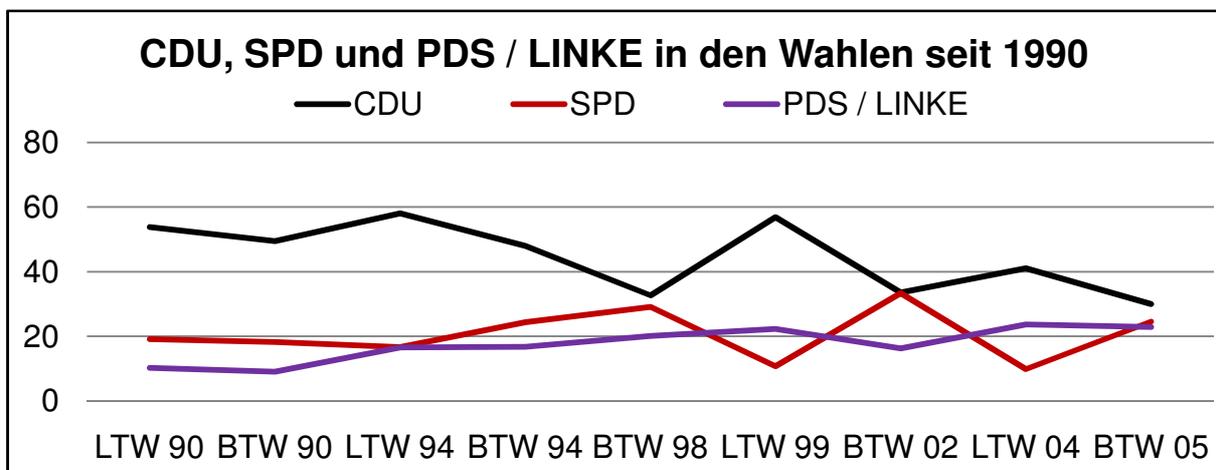
# Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 30. August 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

## Inhaltsverzeichnis

1.	Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2009.....	1
2.	Der Landtagswahlkampf 2009 .....	3
3.	Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen.....	5
4.	Das Wahlergebnis im Überblick .....	8
	a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten .....	9
	b. Rechtsextreme Stimmen .....	10
5.	Das Wahlergebnis im Einzelnen .....	10
	a. Die Wähler/-innen-Wanderung .....	10
	b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen .....	11
	c. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen.....	11
	d. Die Wähler/-innen nach Bildungsstand.....	12
	e. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen.....	12
6.	Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen .....	13
	a. Motivation der Wahlentscheidung und Selbstverständnis.....	13
	b. Ansichten über die LINKE .....	13
	c. Wähler/-innen nach Tätigkeit und Altersgruppen .....	14
	Die Autoren / Vorbehalt .....	14

## 1. Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2009

Von 1990 bis 2004 galt Sachsen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als das Bayern des Ostens. Unter der Regentschaft von Kurt Biedenkopf gelang es der sächsischen Union dreimal hintereinander die absolute Mehrheit zu erringen. Doch nicht nur dass, die bei den Landtagswahlen erzielten 58,1% (1994) und 56,9% (1999) sind in der Geschichte der CDU die beiden besten Landtagswahlergebnisse seit 1946.<sup>1</sup> Nur die Schwesterpartei CSU konnte bei den bayerischen Landtagswahlen 1974-1982 und 2003 höhere Zustimmungsraten erzielen.

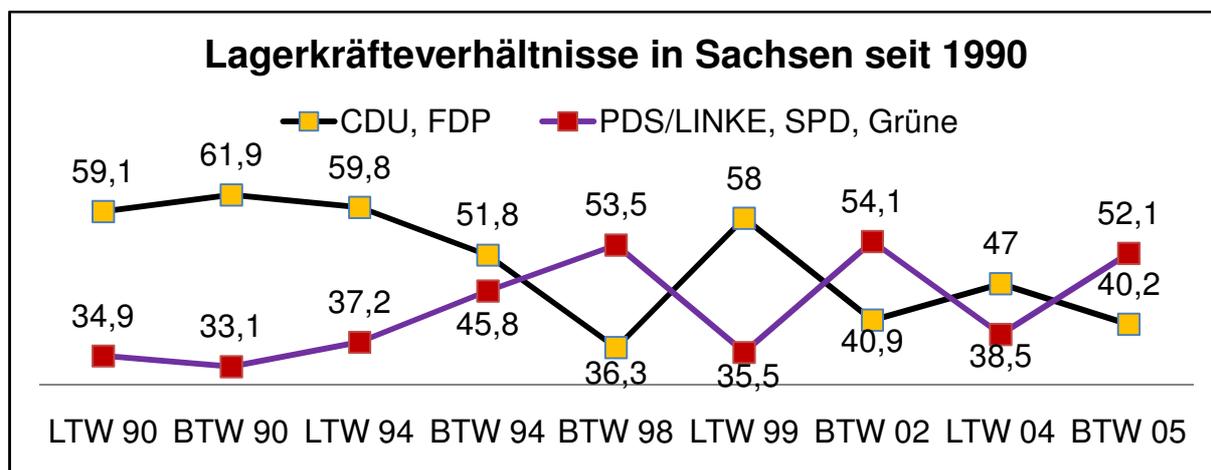


<sup>1</sup> Westdeutscher Rundfunk / Infratest dimap 2008, WahlTREND. Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Deutschland. Alle Ergebnisse seit 1946, Köln, S. 191.

Aber ebenso wie das bayerische Vorbild CSU, nur einige Jahre früher – im Ergebnis der Landtagswahl 2004 – musste die erfolgsverwöhnte Sachsen-CDU konstatieren, „dass der oftmals beschworene Sachsenmythos wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Mit dem historisch einmaligen Einbrechen bei dieser Landtagswahl ist klar, dass die sächsische Union keine CSU des Ostens ist.“<sup>2</sup>

Die Landtagswahl vom 19. September 2004 konfigurierte das bis dahin stark asymmetrische sächsische Parteiensystem neu. Die CDU rutschte von 56,9% auf 41,1% ab. Statt drei Parteien teilten sich nunmehr sechs Parteien die Landtagsmandate, darunter die NPD. Mit 9,2% holte die NPD hier ihr bislang bestes Zweitstimmenergebnis einer Landtagswahl. Letztmalig war es dieser Partei nur zwischen 1966 und 1969 bei verschiedenen Landtagswahlen gelungen, mit Stimmenergebnissen von 6,9% (1967 in Rheinland-Pfalz) bis 8,8% (1967 in Bremen) die Fünfprozenthürde deutlich zu überspringen.

Die Landtagswahl 2004 war mehr noch als für die Union ein Desaster für die SPD. Erneut erlitten die Sozialdemokraten eine historische Niederlage. Nachdem sie bereits 1999 mit 10,7% ihr bis dahin schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielten, rutschten sie nunmehr unter die 10%-Marke. Nur hauchdünne 0,6% sicherten der SPD 13 Mandate und bewahrten sie davor, die gleiche Mandatszahl wie die NPD (12) zu haben.



Sachsen ist wahlstatistisch gesehen also ein Land der Extremereignisse. Dennoch sind auch Sachsens Lagerkräfteverhältnisse nicht so eindeutig bürgerlich, wie zu vermuten wäre. Erstmals mit der Bundestagswahl 1998 erreichte das rot-rot-grüne Lager in Sachsen einen höheren Stimmenanteil als schwarz-gelb. Auch bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 konnten die drei Parteien links der Union mehr Wähler/-innen auf sich vereinigen als CDU und FDP zusammen. Zwar konnte die CDU bei der Landtagswahl 1999 noch einmal 56,9% erzielen, doch den 1994 erreichten Zenit hatte sie bereits überschritten. Bei allen anschließenden Wahlen vereinigte sie nicht mehr, wie ehemals jede zweite Stimme auf sich, sondern nur noch rund 1/3 bis 40% der Wähler/-innen.

**Tabelle: Stimmenergebnisse der CDU bei den Wahlen seit 1999 (in %)**

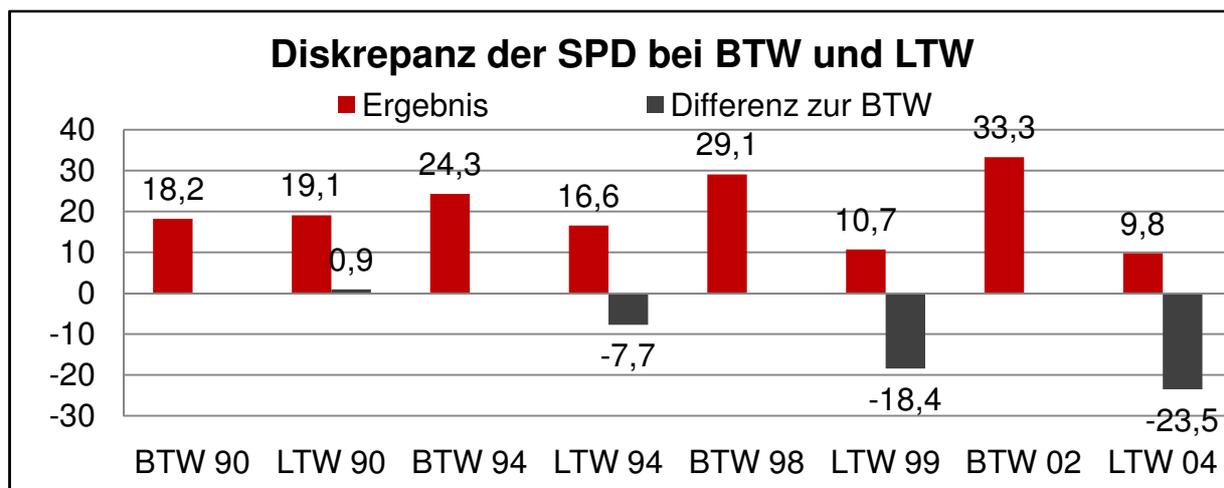
LTW 1999	BTW 2002	EW 2004	KW 2004	LTW 2004	BTW 2005
56,9	33,6	36,5	38,4	41,1	30

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

<sup>2</sup> Roland Wöller/Michael Kretschmer/Christian Piwarz 2004, Analyse der Landtagswahl 2004 in Sachsen. Vorschläge für ein erfolgreiches Wahlkampfmanagement und eine moderne Parteiarbeit, S. 6.

Während Mitte-Links also bei den Wahlen zum Bundestag Mehrheiten der Wähler/-innen erzielen kann, liegt die Schwäche des Mitte-Links-Lagers bei den Landtagswahlen in der landespolitischen Schwäche der SPD begründet.

Die SPD Sachsens bekommt alle vier Jahre eine politische Bedeutung als Stimmenbeschaffer für die Bundes-SPD zugewiesen. Diese Stimmen sind jedoch nicht als Wähler/-innenpotenzial der Sachsen-SPD zu verstehen, vielmehr Leihstimmen für sozialdemokratische Bundespolitik. Die Frage, ob es dem Mitte-Links-Lager gelingen kann, ähnlich wie in Thüringen, auch landespolitisch in Konkurrenz zum bürgerlichen Lager zu treten, wird sich demnach an der Frage entscheiden, ob es der SPD gelingt, die Bundestags-SPD-Wähler/-innen auch für Landespolitik zu binden. Das Wähler/-innenreservoir links der Union wurde bislang im Land nicht ausgeschöpft.



Das Drei-Parteiensystem, das in Ostdeutschland für die zweite Hälfte neunziger Jahre und die erste Hälfte dieser Dekade bestimmend war, hat sich weitgehend aufgelöst. Die kleineren Parteien, Grüne und FDP haben sich insoweit konsolidiert, als ihr Verbleib im Landtag auch in den Vorwahlbefragungen nicht in Frage stand.

## 2. Der Landtagswahlkampf 2009

Rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes zog die sächsische Union Konsequenzen aus dem Skandal um die Landesbank und dem deutlichen Ansehensverlust des damaligen Ministerpräsidenten Milbradt. Bereits im Januar 2008 fand nur knapp jeder zweite befragte Sachse, dass sich der Ministerpräsident Milbradt in der Sachsen LB-Krise richtig verhalten hätte (46%), während 23% sein Verhalten eher falsch fanden und knapp ein Drittel (31%) angaben, dies nicht zu wissen.<sup>3</sup>

Der daraufhin als Ministerpräsidenten installierte Stanislaw Tillich war in der Landespolitik kein Neuling, sondern gehörte in wechselnden Funktionen der Staatsregierung. Dennoch konnte er mit dem Image des Unverbrauchten ein Revirement in der Staatsregierung einleiten; darüber hinaus wechselte die Sozialministerin Helma Orosz als Oberbürgermeisterin in die Landeshauptstadt.

Die Hoffnung der Union, durch diesen Wechsel hinreichend langfristig vor der Landtagswahl Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen schien sich schnell zu bestätigen, denn bereits im Mai 2008 stimmten 59% der Frage zu, ob Tillich ein guter

<sup>3</sup> tns-emnid 2008, a.a.O.

Nachfolger für Milbradt sei, während nur 20% der von Infratest-dimap befragten Bürger/-innen diese Auffassung nicht vertraten.<sup>4</sup>

Auch wenn die CDU in keiner Umfrage seit der vergangenen Landtagswahl auch nur in die Nähe der absoluten Mehrheit kam, strebte sie aus folkloristischen Gründen das Wahlziel der Erlangung der absoluten Mehrheit an. Sollte sie dieses Ziel nicht erreichen, war als zweites Wahlziel die Aufrechterhaltung der Regierungsbeteiligung als stärkste Partei nicht nur in der Koalition, sondern auch im Land vorgesehen. Als Koalitionspartner wünschte sich die CDU im Falle eines Regierungsbündnisses die FDP und vertrat offensiv die Position, die seit Jahr und Tag von Konflikten mit der SPD geprägte schwarz-rote Koalition aufzukündigen.

Für die notorisch schwache SPD war die offene Kritik der Union am schwarz-roten Bündnis ein herber Schlag. Denn aufgrund ihrer Schwäche bestand ihre Wahlstrategie im Wesentlichen darin, die Erfolge ihrer Regierungstätigkeit herauszustellen und dadurch diejenigen Wähler/-innen zu erreichen, die der SPD zwar regelmäßig bei Bundestagswahlen ihre Stimme geben, die Sozialdemokratie im Freistaat jedoch als überflüssig erachten. Die SPD verfolgte deshalb zwei Wahlziele: 1. Eine Stärkung gegenüber dem historisch niedrigen Wahlergebnis von 9,8% aus 2004 sowie 2. auf dieser Grundlage die weitere Beteiligung an der Regierung.

Eine Zeitlang schien diese Strategie sogar aufzugehen. Verschiedene Umfragen aus dem Sommer 2009 sahen die SPD sogar nahe der LINKEN und bei rund 18%. Doch je näher der Wahltag rückte, um so stärker sanken die Stimmenergebnisse der SPD wieder ab.

Anders als in Thüringen und im Saarland konnte die LINKE, obwohl sie wie bereits 2004 mit einem Ministerpräsidentenkandidaten ins Rennen ging, keine realistische Machtoption anbieten. Für ein rot-rotes Bündnis gab es keine Mehrheit im Freistaat und so war die LINKE bei ihrem Ziel eines Politikwechsels angesichts der Schwäche der SPD und der Grünen letztlich auf sich selbst gestellt.

Insoweit verfolgte die LINKE in ihrer Wahlstrategie das Ziel, erneut zweitstärkste Partei zu werden und damit ihren Beitrag zu einer Schwächung der Union als Regierungspartei zu leisten. Im Verlauf des Wahlkampfes zeigte sich jedoch, dass die LINKE zwar tatsächlich zweitstärkste Partei werden würde, aber das Wahlergebnis von 2004 mehr oder weniger deutlich unterschreiten könnte. Die LINKE hatte während des Wahlkampfes die innerparteilichen Auseinandersetzungen ruhen lassen, die die Landespartei seit Jahren umtreiben und die während des Parteitages zur Aufstellung der Listen für die Landtags- und Bundestagswahl noch einmal offen zum Ausbruch kamen.

Der Wahlkampf zeigte deutlich, dass eine Partei, die innerlich nicht einig ist, nach außen nicht überzeugen kann.

Die FDP setzte in ihrer Wahlstrategie auf die Schwäche der SPD und verfolgte das Ziel, die 2004 nur um Haaresbreite verfehlt Regierungsbeteiligung nunmehr im Jahre 2009 zu erreichen. Die Wirtschaftskrise und die Unzufriedenheit vieler bürgerlicher Wähler/-innen spielten ihr bei dieser Strategie ebenso in die Hände wie die entsprechenden Einladungen zur Regierungsbeteiligung von Seiten der Union.

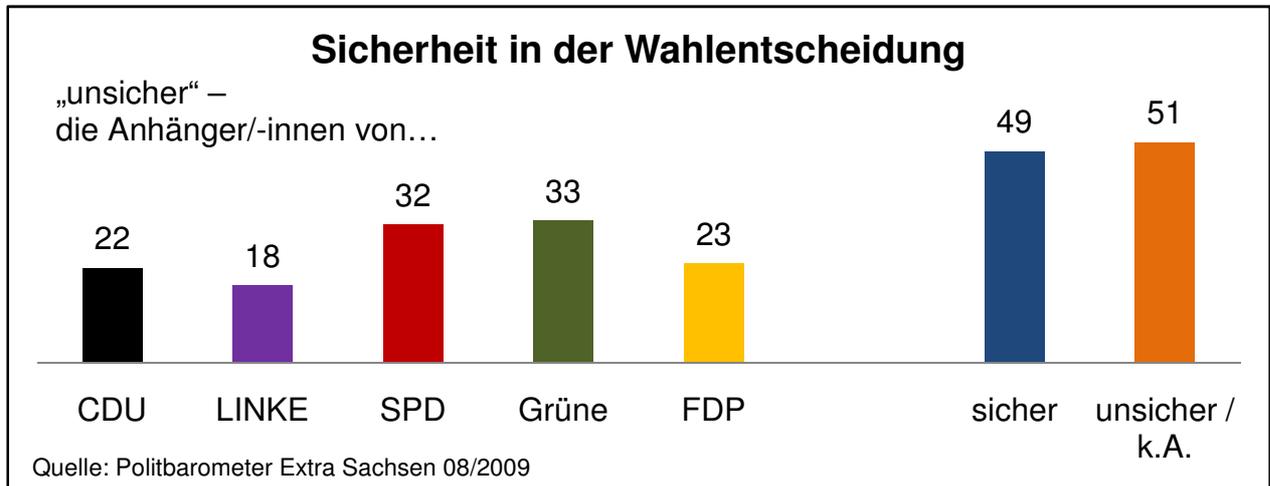
Die Grünen verfolgten im Wahlkampf das Ziel erneut in den Landtag und in gestärkter Formation einzuziehen. Sollte die Option einer Regierungsbeteiligung, in welcher Konstellation auch immer, realistisch sein, machten sie deutlich, dass sie sich weder einem Mitte-Links- noch einem Mitte-Rechts-Bündnis verschließen würden.

---

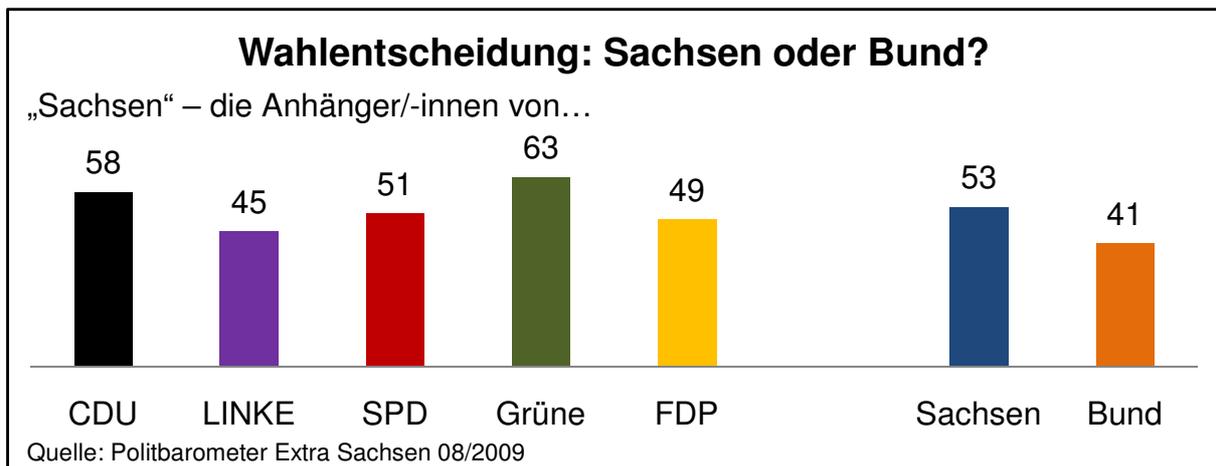
<sup>4</sup> Infratest-dimap 2008, SachsenTREND Mai 2008.

### 3. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird zum einen auf Angaben der Forschungsgruppe Wahlen, veröffentlicht im Politbarometer Extra 08/2009 Thüringen sowie auf Daten von Infratest-dimap im SachsenTREND zurückgegriffen.

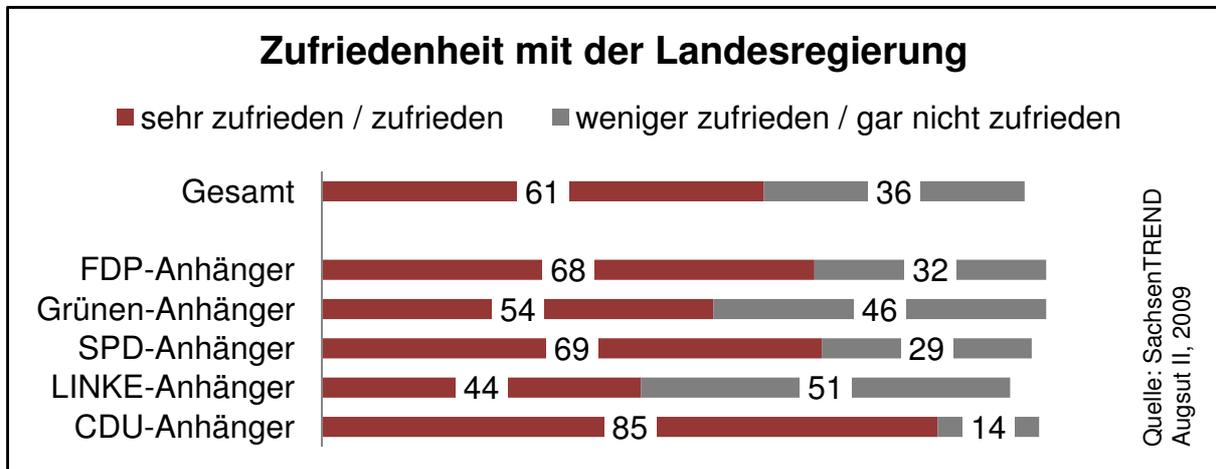


Rund zehn Tage vor der Wahl war sich eine knappe Mehrheit der Wähler/-innen noch nicht sicher, wie sie sich am 30. August entscheiden sollte. Die Anhänger/-innen von SPD und Grünen waren sich zu einem knappen Drittel in der Wahlentscheidung noch nicht sicher. Bei FDP und CDU hatten sich rund drei Viertel der Anhänger/-innen schon festgelegt, während ein Viertel noch unentschlossen war. Am sichersten waren sich die Anhänger/-innen der LINKEN. Mehr als vier Fünftel der Anhänger/-innen hatten sich bereits festgelegt.



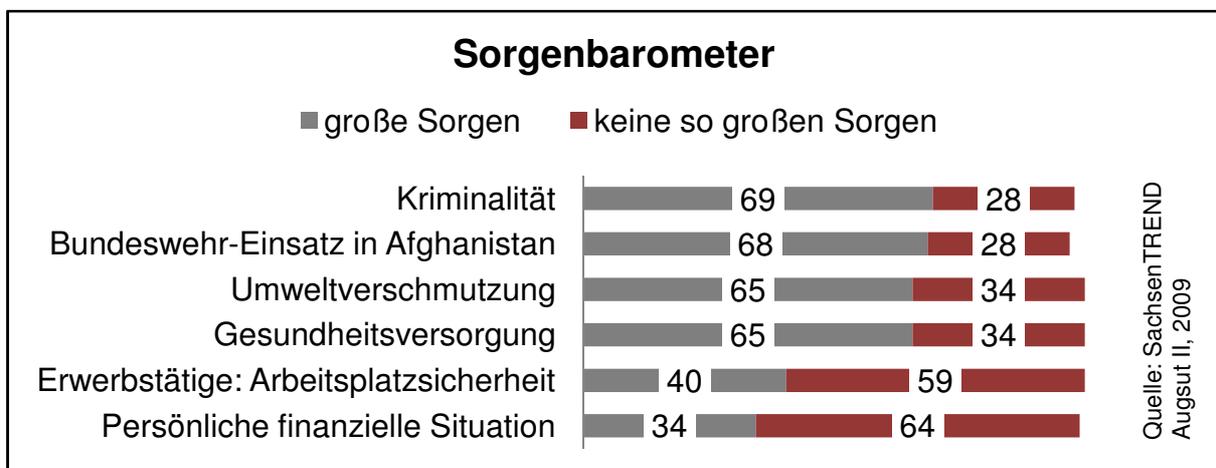
Die Wahlentscheidung in Sachsen ist, anders als beispielsweise im Saarland, wo knapp zwei Drittel die Auffassung vertraten, dass allein landespolitische Themen die Wahlentscheidung für sie beeinflussen würden, stärker bundespolitisch motiviert. Nur etwas mehr als jeder zweite Wahlberechtigte sieht landespolitische Themen im Vordergrund der Wahlentscheidung. Immerhin 41% sind der Auffassung, dass Bundespolitik ihre Wahlentscheidung beeinflusst. Damit liegen die Werte des Jahres 2009 nicht wesentlich unter denen des Jahres 2004. Infratest dimap ermittelte damals, dass 51% ihre Wahlentscheidung landespolitisch

treffen würden während 45% angaben, dass die Hartz-Reformen ihre Wahlentscheidung beeinflussen würde.<sup>5</sup> Es überrascht deshalb nicht, dass die geringste Quote der landespolitisch motivierten Wähler/-innen bei der LINKEN und der FDP liegt. Erstere aufgrund der auch im Wahlkampf thematisierten Hartz-Reformen sowie letztere aufgrund des Zuwachses von Wähler/-innen, die aufgrund der staatsorientierten Krisenbewältigung der CDU im Bund, enttäuscht zur FDP wechseln.



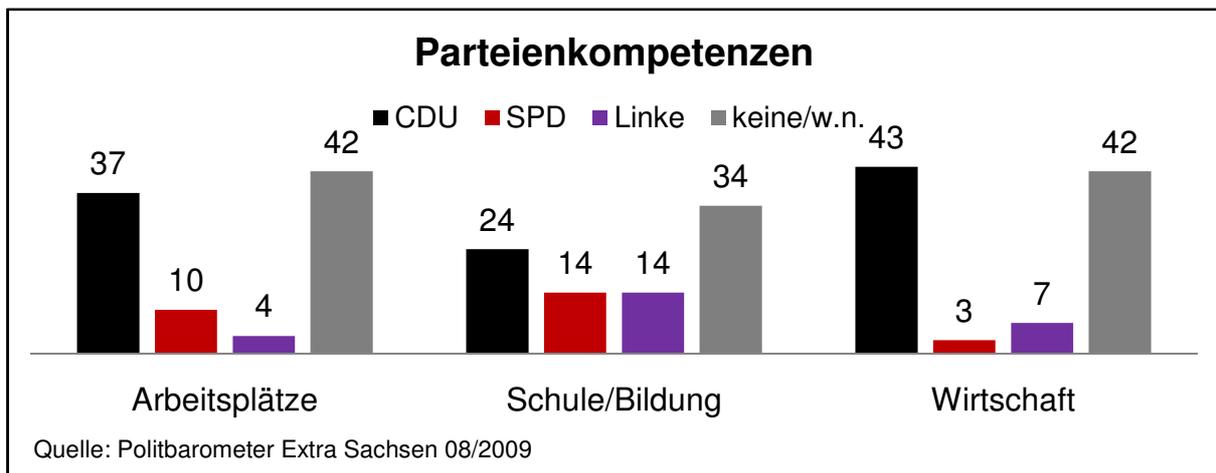
Im Vergleich zu den beiden anderen Ländern, in denen am 30. August gewählt wurde, war die Zustimmung zur schwarz-roten Landesregierung im Vorfeld der Wahl erstaunlich groß. Knapp zwei Drittel der Wähler/-innen waren mit der Arbeit der Staatsregierung zufrieden bis sehr zufrieden, nur ein Drittel äußerte sich unzufrieden. Eine Wechselstimmung konnte auf dieser Grundlage nicht entstehen. Während die CDU-Anhänger/-innen naturgemäß zu 85% und damit vergleichbar zu den beiden anderen Ländern mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden waren, war ein frappierend großer Anteil von LINKEN-Anhänger/-innen sehr zufrieden oder zufrieden mit der Arbeit der Regierung Tillich-Jurk (44%).

Mit dieser erstaunlichen Zustimmung auch der LINKEN-Anhänger/-innen mit der Tillich-Regierung korrelierte, dass bei der fiktiven Möglichkeit sich in einer Direktwahl des Ministerpräsidenten von den LINKEN-Anhänger/-innen in der Alternative zwischen Tillich und Jurk 45% für Tillich und nur 29% für Jurk gestimmt hätten. Bei Grünen und SPD lagen die Werte entgegengesetzt. Hier votierte eine Mehrheit (Grüne: 43%, SPD: 61%) für Jurk und eine Minderheit (Grüne: 38%, SPD: 33) für Tillich.

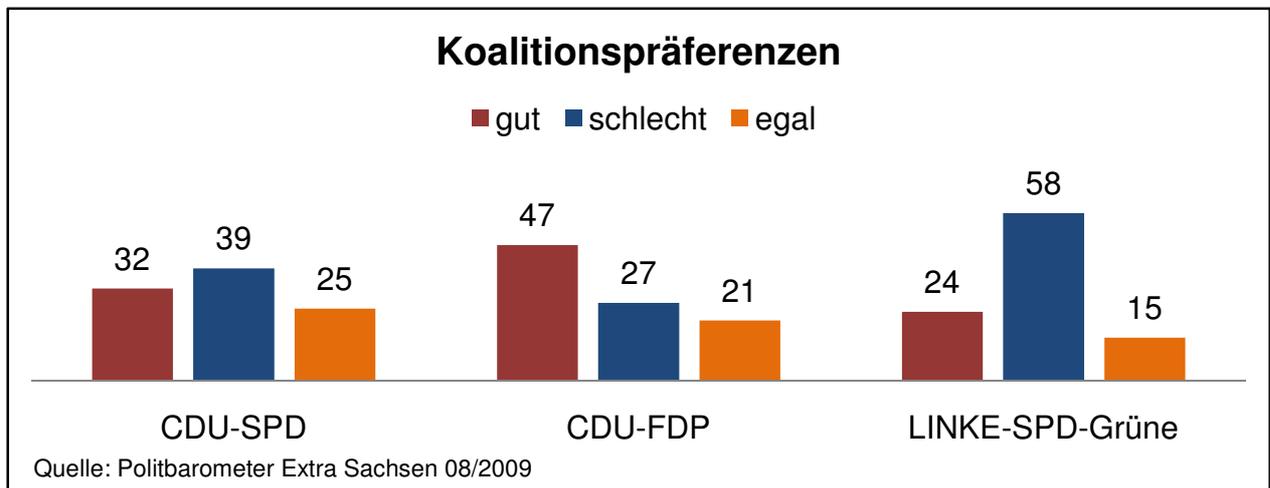


<sup>5</sup> Infratest-dimap 2004, WAHLREPORT Landtagswahl in Sachsen. 19. September 2004,

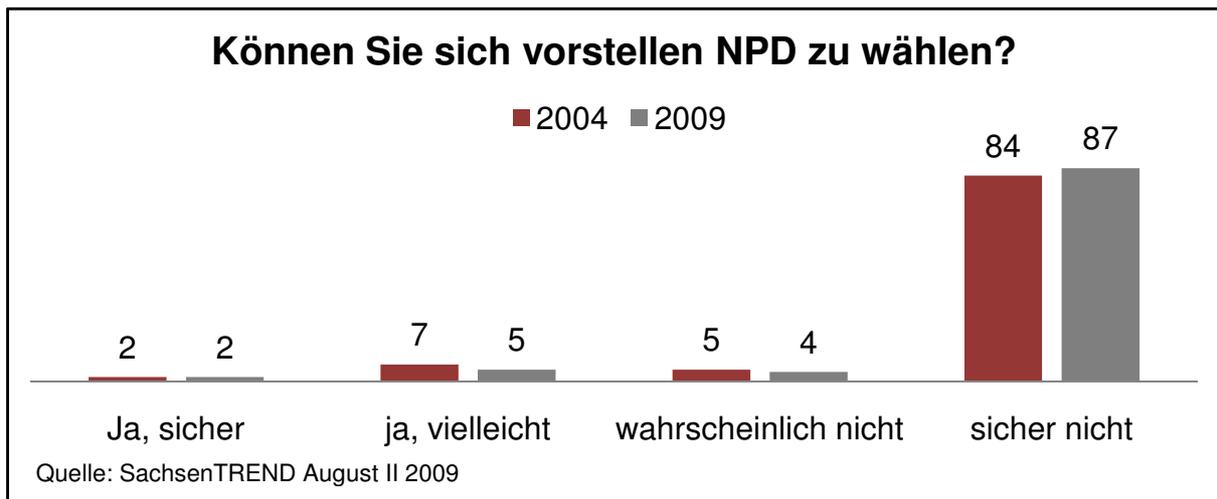
Infratest-dimap führte bei diesen Landtagswahl ein sogenanntes Sorgenbarometer ein. Dieses Barometer thematisiert nicht landespolitische Themen, sondern befragt die Wähler/-innen nach ihrer politischen Grundstimmung anhand vorgegebener Fragekonstellationen. Es zeigt sich, dass die Kriminalitätsentwicklung die Sachsen mit der größten Sorge erfüllt (69%), während der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan auf Platz 2 mit 68% Sorge rangiert. Die Gesundheitsversorgung und die Umweltverschmutzung kommen mit je 65% auf Platz 3. Die persönliche finanzielle Situation nimmt vergleichsweise weniger Sorgenraum ein (34%) und liegt knapp unter der in Thüringen.



Im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wiesen die Befragten Sachsen der CDU in allen abgefragten Politikfeldern mit Abstand die höchsten Kompetenzwerte zu. Mit Ausnahme des Politikfeldes Arbeitsplätze konnte die CDU sogar höhere Kompetenzwerte als die ansonsten in den anderen Ländern jeweils am höchsten bewertete Antwortmöglichkeit „keine Partei / weiß nicht“.



Eine deutliche Mehrheit der Wähler/-innen sprach sich für ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis aus. Immerhin ein Drittel befürwortete eine Fortführung des schwarz-roten Regierungsbündnisses und ein Viertel der Befragten votierte für ein Bündnis aus LINKEN, SPD und Grünen.



Angesichts der im Landtag vertretenen NPD wurde durch Infratest dimap ermittelt, wie hoch der Anteil derjenigen sei, die sich vorstellen könnten die NPD zu wählen. Die Ergebnisse zeigen, dass weiterhin ein Potential an NPD-Wähler/-innen besteht, die bereit sind, der NPD parlamentarische Repräsentanz zu sichern.

#### 4. Das Wahlergebnis im Überblick

Das Wahlergebnis in Sachsen bestätigte das bestehende Sechs-Parteien-Parlament. Es brachte nochmals Verluste für die CDU, die aber die mit Abstand stärkste Partei im Landtag bleibt. Die NPD schafft erstmals den Wiedereinzug in ein Landesparlament, wenn auch mit erheblichen Stimmenverlusten. DIE LINKE verliert, bleibt aber mit deutlichem Abstand zu den anderen Parteien die stärkste Oppositionspartei. Die SPD behauptet sich knapp vor der FDP, die sich durchaus als Gewinnerin des Wahlabends fühlen kann.

	Stimmenverteilung			Sitze		
	LTW 2004	LTW 2009		LTW 2004	LTW 2009	
CDU	41,1%	40,2%	-0,9%	55	58	3
SPD	9,8%	10,4%	0,6%	13	14	1
Grüne	5,1%	6,4%	1,3%	6	9	3
FDP	5,9%	10,0%	4,1%	7	14	7
PDS/LINKE	23,6%	20,6%	-3,0%	31	29	-2
NPD	9,2%	5,6%	-3,6%	12	8	-4
Sonstige	5,3%	6,8%	1,5%	0	0	0

Die Gewinne der FDP erlauben der CDU, mit zwei Parteien über eine Koalition zu verhandeln. Die Sitzverteilung macht sowohl eine Fortsetzung der bestehenden Koalition mit der SPD möglich als auch einen Wechsel zu einer klassischen Mitte-Rechts-Koalition mit der FDP. In beiden Konstellationen verfügte eine Regierung über 72 von 132 Sitzen im Landtag.

Eine Regierungsbildung ohne die CDU ist auch nach diesem Wahlgang nicht möglich. Auch rechnerisch käme eine Allparteienkoalition ohne NPD nur auf 66 Sitze. Die Wahlen haben die Rolle der CDU als Quasi-Staatspartei Sachsens mit Dauerabonnement auf den Ministerpräsidentenposten bestätigt. Umgekehrt erscheint DIE LINKE in Sachsen als beständige Oppositionspartei, der es an starken Partnern fehlt. Im Gegensatz zu ihr können SPD, FDP und Grüne um die Juniorpartnerschaft mit der CDU konkurrieren.

### a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten

Die fehlende politische Alternative drückte sich auch in einer abermals deutlich sinkenden Wahlbeteiligung aus, von 59,6% auf 52,2%. Hinter diesem Rückgang der Wahlbeteiligung verbergen sich unterschiedliche Tendenzen.

FDP, Grüne und Sonstige gewinnen trotz sinkender Wahlbeteiligung Stimmen hinzu, die anderen Parteien verlieren Stimmen. Die NPD verliert 90.000 Stimmen (-47,2%), DIE LINKE verliert 120.000 Stimmen (-24,5%), die CDU mit 132.000 Stimmen die meisten (-15,5%), die SPD trotz prozentualer Gewinne 17.000 Stimmen (-8,4%).

	LTW04	LTW09	Veränderung	
Gültige Stimmen	2.080.135	1.797.134	-283.001	-13,6%
CDU	855.203	723.000	-132.203	-15,5%
SPD	204.438	187.222	-17.216	-8,4%
Grüne	106.771	114.984	8.213	7,7%
FDP	122.605	178.869	56.264	45,9%
PDS/LINKE	490.488	370.199	-120.289	-24,5%
NPD	190.909	100.832	-90.077	-47,2%
Sonstige	109.721	122.028	12.307	11,2%

Gegenüber der Bundestagswahl 2005 sank die Wahlbeteiligung um 32,1%, von 75,7% auf 52,2%. Gemessen an diesem Rückgang gelang es CDU und Grünen recht gut, die Anhängerschaft von 2005 erneut zu gewinnen. Die FDP bewegt sich im Durchschnitt, während DIE LINKE einen unterdurchschnittlichen Mobilisierungsgrad aufweist. Noch schlechter zeigt sich allerdings die SPD. Sie konnte nicht einmal einen Mobilisierungsgrad von 30 Prozent erreichen.

	BTW05	LTW09	Veränderung	
Gültige Stimmen	2.648.064	1.797.134	-850.930	-32,1%
CDU	795.316	723.000	-72.316	-9,1%
SPD	649.807	187.222	-462.585	-71,2%
Grüne	126.850	114.984	-11.866	-9,4%
FDP	269.623	178.869	-90.754	-33,7%
PDS/LINKE	603.824	370.199	-233.625	-38,7%
NPD	126.701	100.832	-25.869	-20,4%
Sonstige	75.943	122.028	46.085	60,7%

In Sachsen gibt es mit der CDU noch eine potentielle Volkspartei, der Ministerpräsident genießt durchaus über seine Parteigrenzen hinaus politisches Ansehen. Doch genießt die CDU diesen Status vor allem in Relation zur Schwäche der anderen Parteien. Zuletzt repräsentiere sie bei den Landtagswahlen 1999 mit 34,3% mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten.

In der sächsischen Wahlbevölkerung erreichte bei den letzten Wahlen eine Mitte-Rechts-Koalition nie mehr als 30%. Bei den Bundestagswahlen 2005 waren die Parteien des Mitte-Links-Spektrums mit 38,5% gegenüber 29,9% für Schwarz-gelb deutlich stärker, diese Mehrheit konnte aber nie bei Landtagswahlen bestätigt werden.

DIE LINKE hat im Landesdurchschnitt 3,0 Prozentpunkte verloren. Deutlich überdurchschnittliche Verluste wurden vor allem in Ostsachsen (Görlitz -6,1 Prozentpunkte; Oberlausitz1 -5,6 Prozentpunkte, Oberlausitz2 -5,2 Prozentpunkte, Löbau-Zittau1 -5,5 Prozentpunkte, Hoyerswerda und Bautzen1 jeweils -4,8 Prozentpunkte) und in der Stadt Dresden (in den sechs Wahlkreisen zwischen -4,4 und -6,6 Prozentpunkte) eingefahren. In Westsachsen sind

Verteilung der Wahlberechtigten		
	LTW09	BTW05
Nichtwähler	47,8%	24,3%
Ungültige Stimmen	1,0%	1,3%
CDU	20,6%	22,3%
SPD	5,3%	18,2%
Grüne	3,3%	3,6%
FDP	5,1%	7,6%
PDS/LINKE	10,5%	17,0%
NPD	2,9%	3,6%
Sonstige	3,5%	2,1%

die Verluste bis auf wenige Ausnahme (z.B. Leipziger Land1 -4,3 Prozentpunkte) unter dem Landesdurchschnitt, vereinzelt gibt es auch Gewinne (Annaberg 0,3 Prozentpunkte).

## b. Rechtsextreme Stimmen

Die NPD, die 3,6 Prozentpunkte verlor, konnte sich gleichwohl in ihren Hochburgen in Ost-sachsen mit überdurchschnittlichen Ergebnissen behaupten. Im Wahlkreis Sächsische Schweiz 1 erreicht sie mit 10,1% wieder ein zweistelliges Ergebnis (zuvor 15,1%), in Löbau-Zittau erzielte sie 8,2%, auch in der Oberlausitz liegt sie über 8%, im Wahlkreis Sächsische Schweiz 2 bei 8%. In Dresden blieb sie unter fünf Prozent. In Leipzig erreichte sie in einem Wahlkreis sechs Prozent, sonst unter fünf Prozent.

## 5. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.<sup>6</sup>

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest-dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

### a. Die Wähler/-innen-Wanderung

An ... von	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen							
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	NPD	Andere	Nichtwähl.
CDU	-	3.000	-34.000	-1.000	4.000	11.000	-4.000	62.000
SPD	-3.000	-	-4.000	-4.000	19.000	3.000	2.000	-20.000
FDP	34.000	4.000	-	0	4.000	15.000	2.000	-7.000
Grüne	1.000	4.000	0	-	5.000	0	-3.000	-2.000
DIE LINKE.	-4.000	-19.000	-4.000	-5.000	-	3.000	-8.000	-40.000
NPD	-11.000	-3.000	-15.000	0	-3.000	-	-11.000	39.000
Andere	4.000	-2.000	-2.000	3.000	8.000	11.000	-	-18.000
Nichtwähler/innen	-62.000	20.000	7.000	2.000	40.000	39.000	18.000	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>; Stand: 2:51 Uhr

Die Union hat im Saldo mehr Stimmen hinzugewonnen als sie verloren hat. Sie kann allein aus dem Nichtwähler/-innenlager (62.000) das Doppelte ihres Verlustes an die FDP (34.000) auffangen. Sie gewinnt zudem 7.000 Stimmen von Mitte-Links (SPD: 3.000, LINKE: 4.000) und 11.000 Stimmen von der NPD zurück.

Die SPD gewinnt Stimmen von der LINKEN hinzu (19.000), muss jedoch mehr als diesen Zugewinn an das Nichtwähler/-innenlager abgeben (20.000). Weitere Verluste muss sie an andere kleine Parteien, wie FDP, Grüne und sonstige Parteien abgeben.

<sup>6</sup> Bei der Erstellung der Wahlnachtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Die LINKE verliert insbesondere an die Nichtwähler/-innen (40.000) und muss nicht nur 19.000 Stimmen an die SPD, sondern auch weitere 32.000 Stimmen an andere Parteien. Die Hoffnung, dass die Regierungsbeteiligung der SPD zu einem Stimmengewinn dieser Partei bei der CDU führen würde, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Nicht von rechts der SPD kamen deren Zugewinne, sondern von links.

Die NPD büßt erheblich an Stimmen ein. Sie kann zwar 39.000 aus dem Nichtwähler/-innenspektrum mobilisieren, muss jedoch 43.000 Stimmen an andere Parteien abgeben.

### b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen

	unter 30	30-44	45-59	über 60
CDU	29	38	41	46
SPD	9	7	9	14
LINKE	12	15	22	27

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die CDU erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der über 60-Jährigen und liegt dort deutlich über ihrem Landeswahlergebnis. In den Altersgruppen bis 45 Jahre schneidet sie unterdurchschnittlich ab, am Schlechtesten bei den unter 30-Jährigen.

Die SPD erzielt ihr bestes Stimmenergebnis in der Gruppe der über 60-Jährigen. Bei den 30-44-Jährigen erzielt sie vergleichsweise schlechte Werte.

Die LINKE erzielt, wie die frühere PDS die höchste Zustimmung bei den über 60-Jährigen. Die Stimmenabgabe nach Altersgruppen ähnelt denjenigen der CDU, nur dass die Ausschläge nach oben und unten extremer ausfallen.

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
unter 30-Jährige	29	9	7	13	12
über 60-Jährige	46	14	4	5	14

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Aufschlüsselung der Wähler/-innen in die zwei Gruppen der unter 30-Jährigen sowie der über 60-Jährigen zeigt für die beiden kleinen Parteien, dass die FDP und die Grünen in den unteren Altersgruppen überdurchschnittliche und in den höheren Altersgruppen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

### c. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbstständige
CDU	40	42	43	39
SPD	9	11	11	8
LINKE	22	20	19	16

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die CDU erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der Beamtinnen und Beamten sowie bei den Angestellten. Insgesamt verfügt sie über eine weitgehend ausgeglichene Berufsgruppenstruktur in der Wähler/-innenschaft. Die Wähler/-innenstruktur der SPD nach Berufsgruppen ist in gleicher Weise ausgeglichen.

Die LINKE erreicht die höchsten Anteile bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den Angestellten. In der Gruppe der Selbstständigen wird sie unterdurchschnittlich gewählt. Während die SPD und die LINKEN im Saarland in den Berufsgruppen auf eine weitgehend identische Wähler/-innenstruktur schauen, scheint es ein gemeinsames Wähler/-innenmilieu von SPD und LINKEN in Sachsen nicht zu geben.

#### d. Die Wähler/-innen nach Bildungsstand

	Hauptschulabschluss	mittlere Reife	Abitur	Hochschulabschluss
CDU	48	41	39	36
SPD	12	8	10	13
LINKE	19	20	18	23

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Differenzierung nach Bildungsabschlüssen zeigt für die Union einen hohen Anteil an Wähler/-innen mit formal niedriger Bildung. Bei den Akademiker/-innen erzielt die Union einen unterdurchschnittlichen Wert.

Die SPD hingegen erzielt die höchsten Zustimmungsraten bei Wähler/-innen mit Hochschul- sowie mit Hauptschulabschluss.

Die LINKE hingegen erreicht, ebenfalls wie die frühere PDS und anders als die LINKE bei den Wahlen im Bund sowie im Westen seit 2005 die höchste Zustimmungsraten im Klientel der Akademiker/-innen, während die Werte der anderen Bildungsabschlüsse leicht bis merklich unterhalb des Wahlergebnisses liegen.

#### e. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen

	SPD	CDU	Linke	FDP	Grüne	NPD
Kurzentschlossene	11	39	18	11	6	4
Erstwähler	8	28	13	11	8	15
Arbeitslose	9	27	33	5	4	13
Arbeiter	8	40	18	12	3	10
Männer	10	38	22	11	5	8
Frauen	10	44	20	10	6	4

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/umfrage-werwas.shtml>

	Regionsmerkmal Migrationsanteil					
	CDU	Linke	SPD	NPD	FDP	Grüne
hoher Migrationsanteil	36,7	24	12,7	6,2	5,8	9,3
mittlerer Migrationsanteil	42,3	23,2	9,3	9,5	6,4	3,8
niedriger Migrationsanteil	43,3	20,1	8,5	6,9	10,4	4

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-auslaender.shtml>;  
Stand: 2:51 Uhr

	Regionsmerkmal Hochburgen					
	CDU	Linke	SPD	NPD	FDP	Grüne
CDU-Stark	45,3	21	8	10,4	6,3	3,6
SPD-Stark	36,1	25,1	14,7	6,4	5,5	7,2
FDP-Stark	42,2	21,7	8,1	9,5	7,4	5,5
Grüne-Stark	37,2	22,6	12,4	5,9	6	10,5
NPD-Stark	43,5	22,2	7,4	11,8	6,6	3,3
Linke-Stark	37,3	26,6	11,8	8,1	5,6	5,3

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-hochburgen.shtml>;  
Stand: 2:51 Uhr

	Regionsmerkmal Einwohnerdichte					
	CDU	Linke	SPD	NPD	FDP	Grüne
Hohe Einwohnerdichte	36,7	24,1	12,5	6,4	6	8,9
Mittlere Einwohnerdichte	43,3	22,6	8,9	9,8	6,2	3,6
Geringe Einwohnerdichte	42,9	19,9	9,4	7,1	10,1	4

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/logi-einwohner.shtml>;  
Stand: 2:51 Uhr

## 6. Das Wahlergebnis der LINKEN im Einzelnen

### a. Motivation der Wahlentscheidung und Selbstverständnis

Die Motivation der LINKEN-Wähler/-innen zur Stimmabgabe für die LINKE ist das Themenfeld Soziale Gerechtigkeit. Dieses Ergebnis ist bereits aus früheren Wahlen bekannt. Die Bildungspolitik rangiert auf Platz 3, nach der Arbeitsmarktpolitik.

	alle	Linke-Wähler/-innen
Wirtschaftspolitik	37	21
soziale Gerechtigkeit	32	<b>56</b>
Arbeitsmarktpolitik	24	33
Bildungspolitik	18	22

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SL>

Gefragt nach den Kompetenzen werden der LINKEN im Themenfeld Soziale Gerechtigkeit hingegen nur 24% zugesprochen, während 28% die SPD und 22% die CDU für kompetent bei der Herstellung Sozialer Gerechtigkeit halten. Für angemessene Löhne zu sorgen, trauen 19% der LINKEN zu.

Gefragt nach ihrer Positionierung im gesellschaftlichen Leben geben 50% der Wähler/-innen der LINKEN an, sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung zu fühlen. Nur die Wähler/-innen der NPD fühlen sich noch stärker als Verlierer/-innen. Dass es in Deutschland ungerecht zugeht, davon sind 89% der sächsischen LINKS-Wähler/-innen überzeugt. Damit liegen die Wähler/-innen der LINKEN an der Spitze, noch vor der NPD. Von anderen Parteien enttäuscht sind 44% der LINKS-Wähler/-innen, wiederum Platz 2 nach der NPD.<sup>7</sup>

### b. Ansichten über die LINKE

Die LINKE...	%
... löst zwar keine Probleme, aber nennt Dinge beim Namen	83
... soll mitregieren, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen	73
...setzt sich am stärksten für sozial Schwache ein	64

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/umfrage-aussagen.shtml>

Wie schon bei anderen Wahlen auch, wurden die sächsischen Wähler/-innen durch Infratest dimap über ihre Ansichten zur LINKEN befragt. Dabei gestanden 83% der Befragten der LINKEN zu, die richtigen Dinge zu thematisieren, waren jedoch gleichzeitig der Auffassung, dass sie die Probleme nicht löse. Vor dem Hintergrund der 85%, die bei der gleichen Fragestellung in Thüringen diese Antwortmöglichkeit bejahten, ist freilich mit Blick auf das Wahlergebnis und den Regierungsauftrag die bisherige Interpretation dieser Antwort zu prüfen. Wir gingen bisher davon aus, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei,

<sup>7</sup> <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SN/umfrage-aussagen.shtml>

dass der LINKEN auch nicht zugetraut werde, diese zu lösen. Angesichts der Thüringer Ergebnisse könnte auch interpretiert werden, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung – noch löst sie die Probleme nicht – handelt.

### c. Wähler/-innen nach Tätigkeit und Altersgruppen

Merkmal Tätigkeit		Merkmal Alter	
Alle	21		
Arbeiter	18	18-24 Jahre	13
Angestellte	19	25-34 Jahre	13
Selbständige	11	35-44 Jahre	16
Rentner	26	45-59 Jahre	22
in Ausbildung	12	über 60 Jahre	25
Arbeitslose	33		

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-08-30-LT-DE-SL>

Die Tabelle zeigt, dass der größte Teil der Wähler/-innen der Linken in Sachsen aus der Gruppe der Arbeitslosen gewonnen wurde (33%). Die zweitgrößte Gruppe stellen die Rentner/-innen (26%), gefolgt von den Angestellten (19%). Demgegenüber unterdurchschnittlich ist der Anteil bei den Auszubildenden (12%), den Angestellten (11%).

Auf die Merkmalsgruppe Alter wurde oben bereits eingegangen.

### Die Autoren / Vorbehalt

*Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlnachtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Unterstützt wurde die Erstellung dieser Wahlnachtberichterstattung durch *Aljoscha Jacobi* und *Jonas Nier*.

Die während der Wahlnacht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*